

Rieser Tageblatt

und Anzeiger. (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger:
Karl Rieser
Bismarckstr. 22
Telefon Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Gospenheim, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Bauverwaltungsamts Writzen beständig bestimmtes Blatt.

Verlagsort:
Rieser 1927.
Verleger:
Karl Rieser
Rieser Nr. 22

Nr. 141.

Montag, 20. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckschicht (6 Ellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Rollenmappe 100 Gold-Pfennige. Zeitungs- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, festes Tarife. Besondere Abgabe entfällt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Umtätige Unterhaltungsbeiträge können nur auf Bestellung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile und Tag. Anzeigen für den Ausland: 20 Pfennig pro Zeile und Tag. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Gitzler, Rieser.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Juni.

Der deutsche Reichstag wies am Sonnabend eine schwache Besetzung auf. Diese Beobachtung kann man jede Woche machen, so daß es fraglich erscheint, ob die Sonnabend-Sitzungen überhaupt erledigt werden, hätte unschwer auch am Freitag noch erledigt werden können, zumal die ganze Sitzungsdauer sich nicht einmal auf zwei Stunden beläuft.

In ihrem Mittelpunkt stand die zweite Lesung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau. Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Gesetzes gingen die Ansichten auseinander, doch pflichtete ihm der Reichstag in seiner erdrückenden Mehrheit bei, weil die Beamtenverbände das Gesetz selber wünschten. Nur die Wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten stimmten gegen die Vorlage. Gegen 14 Uhr ging das hohe Haus lang- und langsam auseinander.

Die Novelle zur Wahlrechtsordnung wird dem Stichtagsausschuß überwiesen, der sozialdemokratische Antrag auf Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag dem Rechtsausschuß.

Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau.

Das Gesetz will Sparorganisationen schaffen, denen auf Wunsch der Beamten ein Teil ihres Gehaltes überwiesen werden soll zum Zwecke des Heimstättenbaus für diese Beamten. Das Gesetz ist notwendig, weil nach bürgerlichem Recht Gehälter nur so weit abgetreten werden können, als die der Pfändung unterliegen.

Abg. Rohmann (Soa.) erstattet den Ausschussbericht. Trotz der allerseits geäußerten Bedenken, daß das Gesetz im Volk den Eindruck erwecken könne, als gingen es den Beamten viel zu gut, hat der Ausschuss den Entwurf doch mit einigen Änderungen gutgeheißen.

Abg. Lude (W. Vng.) bekämpft das Gesetz, weil er überzeugt ist, daß die Gehälter der Beamten angesichts der Not des Volkes noch auf lange Zeit niedrig sein würden. Der Beamte sei klüger, wenn er das Geld privat spare. Die Wirtschaftliche Vereinigung lehne das Gesetz ab.

Abg. Reddermeyer (Komm.) hat Bedenken gegen das Gesetz. Es sei ein kostloses Jugendverbrechen an die Beamten aufzulegen von Gehaltskürzungen.

Abg. Rohmann (Soa.) fordert, daß dem Sparrer bei Anwendung die eingezahlten Gelder zurückgezahlt werden. Sämtliche Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten werden gegen die Antragsteller abgelehnt, das Gesetz in zweiter und dritter Lesung in der Ausschussfassung gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten angenommen.

Das Haus verläßt sich auf Montag, 16 Uhr: Verabschiedung (zur Abänderung des Kontofalles), Schlußbeschlüsse. Schluß 18 1/2 Uhr.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft

beriet am Sonnabend über den Antrag Dr. Scholz (DVP.) betr. angemessene Finanzabgrenzung der Rückzahlungstermine der Mittelkreditkette. Von Regierungseite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Antrag vom 6. November 1926 datiert sei, und daß inzwischen die Sachlage sich geändert habe. Die Regierung sei schonem vorgegangen und jedenfalls seien neue Klagen und Beschwerden nicht aufgetreten. Nach längerer Debatte wird der Antrag Scholz im Hinblick auf die Regierungserklärung für erledigt erklärt. Nächste Sitzung am Mittwoch.

Der Feme-Untersuchungsausschuß des Reichstages

nahm am Sonnabend vormittag mehrere Offiziere des Wehrministeriums über die Frage, ob im Wehrministerium Akten über die „Schwarze Reichswehr“ vorhanden seien. Oberst v. Schleiher, Staatschef beim Wehrminister, sagt aus, im allgemeinen sei über alle Fragen, die mit Staatschutz und Grenzschutz zusammenhängen, nichts schriftliches gezeichnet oder nicht vernichtet worden. Nach dem Aufbruch hätten Befragungen mit dem preussischen Innenministerium stattgefunden. Severina habe erklärt, er wolle schriftlich darauf halten, daß nichts Schriftliches herausginge. — Hauptmann Feiner sagt aus, er habe beim Wehrkreiskommando III die Angelegenheiten der Arbeitskommandos bearbeitet. Die darüber geführten Akten hätten sich verschlossen in seinem Zimmer befunden. Einige grundsätzliche Anweisungen seien noch vorhanden. Alles übrige sei 1924 vernichtet worden.

Auf Anfrage erwidert Feiner, die allgemeine Anweisung, die betreffenden Akten zu vernichten, sei im Interesse der Landesverteidigung gegeben worden. — Oberst von Wed sagt aus, eine Verfügung zur Vernichtung der Akten in dem Augenblick nicht bekannt. Es folgt dann eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob der Ausschuss den Fall Rohmann mit Feme-Untersuchung untersuchen solle. Der Ausschuss beschließt die Vernehmung der drei Zeugen Severina, Oberst und Dr. Weig noch vor dem Reichstagsantritt.

Heute Berichterstattung Stresemanns.

Deutsche Befehlsnote an die Vorkonferenz.

Berlin, 20. Juni. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird heute nachmittags der Regierung Bericht erstatten über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen. Es steht noch nicht fest, ob aus diesem Grunde eine Kabinetts-Sitzung stattfinden wird, oder der Reichsaussenminister nur den Reichspräsidenten über die Genfer Besprechungen informieren wird. In politischen Kreisen glaubt man jedoch, daß unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Kabinetts-Sitzung anberaumt werden dürfte. Es ist so gut wie sicher, daß das Kabinett, wie es nach der Vorkonferenz des Völkerbundes geschehen ist, zu den Genfer Verhandlungen Dr. Stresemanns kritisch Stellung nehmen wird.

In einem Beschluß wird das Kabinett wohl kaum gelangen, sondern man wird dem Außenminister den Dank für seine Genfer Bemühungen aussprechen. Man wird sich aber gleichzeitig schlüssig machen über die weiteren zu unternehmenden Schritte in der Frage der Herabminderung der Besetzung im Rheinland. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, wird die Reichsregierung diese Angelegenheit mit allem Nachdruck weiter verfolgen, das heißt, die diplomatischen Besprechungen zwischen Berlin und Paris werden schlußendlich in die Wege geleitet.

Wie man annimmt, wird der deutsche Vorkonferenz in Paris, der ja seit mehreren Wochen sich wegen seines angeschwundenen Gesundheitszustandes auf Urlaub befindet, vor Wiederaufnahme seiner Tätigkeit in Paris, sich nach Berlin begeben, um hier vom Reichspräsidenten Amtsinstruktionen über seine mit dem Cui d'Oran wieder anzunehmenden Verhandlungen bezug. Der Verminderung der Besetzung entgegenzunehmen. Eine Reise des Herrn v. Hoff nach Berlin hält man übrigens für umso notwendiger, als Dr. Stresemann mit dem britischen Außenminister Chamberlain noch am Sonnabend vormittag eine hochpolitische Besprechung hatte, der man besondere Bedeutung beimißt. Wie es heißt, soll bei dieser Unterredung der Gedanke einer neuen Konferenz der Außenminister noch vor der Septembertagung des Völkerbundes erwogen worden sein.

Im Laufe dieser Woche wird sich auch der Reichstag mit der außenpolitischen Lage beschäftigen, und es ist sicher, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann bei dieser Gelegenheit das Wort ergreifen wird, um dem Hause ein außenpolitisches Referat zu erstatten. Angesichts der Tatsache, daß auf der letzten Zusammenkunft der sechs-Mächte-Vertreter in Genf beschloffen wurde, an der Locarno-Politik festzuhalten, wird, wie in vorkonferenzlichen Kreisen erklärt wird, Dr. Stresemann im Plenum des Reichstages die Vorkonferenz der

Locarno-Politik gleichfalls für das gegenwärtige einzeln Gegebene bezeichnen.

Ueber die Frage der weiteren Verhandlungen mit der französischen Regierung hinsichtlich der Befehlsüberwindung dürfte der Reichsaussenminister kaum in der Lage sein, positive Urteile über das Ausmaß der Herabminderung der Besetzung zu machen, denn der französische Außenminister wird jetzt den Versuch unternehmen, seine Kabinettskollegen und die französische Generalleitung für eine möglichst beträchtliche Herabminderung der französischen Besatzungstruppen zu gewinnen.

Um der berechtigten Forderung Deutschlands mehr Nachdruck zu verschaffen, ist jetzt von deutscher Seite die Anregung gemacht worden, der Vorkonferenz eine Note zu überreichen, in der vor allem auf das Versprechen der Vorkonferenz auf Grund ihrer Note vom 14. Nov. 1923 hingewiesen werden soll. Die Vorkonferenz hat in diesem Schriftstück hinsichtlich der Herabminderung der Besetzungstruppen, nämlich folgenden angefragt, was mit allem Nachdruck in Erinnerung gebracht werden muß: Die Vorkonferenz, die die in der Rheinlandkommission vertretenen Regierungen ins Auge gefaßt haben, und die teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der Rheinlandkommission zur Ausführung kommen werden, verfolgen ein doppeltes Ziel: einmal soll die Stärke der Besatzungstruppen erheblich herabgesetzt werden; ferner sollen im Rahmen des Rheinlandkommissars alle Maßnahmen ergriffen werden, um der deutschen Bevölkerung die freie Betätigung in besetzten Gebieten zu erleichtern. Die Verwirklichung dieser Reformen wird für die deutsche Bevölkerung sehr wertvolle Vorteile mit sich bringen und einen günstigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen ihr und den Besatzungstruppen ausüben. So wird die Verminderung der Besatzungstruppen, die an der normalen Stärke herabgesetzt werden, zur Folge haben, daß ein Teil der öffentlichen Gebäude, Wohnungen und Grundstücke, die bisher für die Besatzungstruppen und Besatzungsbehörden verwendet werden mußten, den deutschen Behörden und der Bevölkerung zurückgegeben werden kann.

In dieser Note ist das Bemerkenswerte, daß die Verminderung der Besatzungstruppen auf normale Stärke angefragt worden ist, d. h. also, sie soll dem Vorkriegsstand der deutschen Garnison im Rheinland entsprechen. Danach darf das französische Besatzungsheer nur etwa 6000 Mann betragen. Diese Forderung der Vorkonferenz wird die Reichsregierung bei der Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen des Vorkonferenz u. G. mit dem Cui d'Oran heranziehen müssen.

Poincarés „Friedenspolitik“

Paris, 19. Juni. (Telusion.) Anlässlich der Einweihung eines Kriegereinfahrts in Lunville hielt Ministerpräsident Poincaré eine bedeutende politische Rede, aus der wieder einmal deutlich zu ersehen ist, mit welcher Bestimmtheit die französische Regierung und die nationalpolitische Mehrheit der französischen Regierung jede praktische Entfaltung einer deutsch-französischen Annäherungspolitik zu verhindern suchen.

Poincaré erklärte u. a., daß in Locarno wie in Genf Frankreich genügend Beweise seiner Friedenspolitik gegeben habe. Deshalb habe aber Deutschland nach Erfolgen im Kriegsschiff geschickt, das den Namen Elsaß führt. (?) Warum habe ein deutscher Minister am 1. und 2. November 1925, also nach dem Abschluß des Locarno-Paktes, erklärt, daß Deutschland keineswegs moralisch auf seine verlorenen Provinzen und auf deutschsprachige Gebiete verzichtet habe? Warum habe derselbe Minister betont, daß Deutschland der Verzicht auf eine bewaffnete Macht gewaltsam auferlegt wurde? Warum erging ein anderer deutscher Minister diese Worte, indem er erklärte, daß er Elsaß-Lothringen als eine deutsche Provinz betrachte und Deutschland auf die ihm mit Gewalt entzogenen Gebiete keineswegs verzichtet habe. Die deutsche Regierung mußte sich dessen bewußt sein, daß eine derartige Auslegung der Locarno-Verträge der französischen Auffassung über diese Verträge widerspreche.

Warum des weiteren erklären die führenden deutschen Finanzkreise, daß Deutschland noch innerhalb von zwei Jahren eine Revision des Dawesplanes verlangen und die vorgesehene Zahlungen nicht mehr leisten werde? Derartige Ausführungen von deutscher Seite über die von Frankreich als wesentlich bezeichneten Punkte wären unklar und ließen sich nicht auf einen Verständigungswillen Deutschlands schließen. — Wenn Deutschland Frankreich offen sagen würde: „Ich verzichte auf Elsaß-Lothringen, das ich 1871 mit Gewalt entzogen habe und ich werde nicht versuchen, es auch wieder durch einen neuen Angriff oder irgend eine andere Art zu erlangen; wenn Deutschland zur gleichen Zeit entsprechend den Forderungen der Vorkonferenz vom 10. März sich bereit erklären würde, seine Polizei zu reorganisieren, seine militärischen Vereinigungen aufzulösen, seine Arsenale und Kasernen umzubauen, die es im Widerspruch mit dem Versailler Vertrag aufrecht erhalte und die Verletzung seiner verbottenen Befehlsungen zu beenden, so würde Deutschland der Welt Garantien für den Frieden geben, jede Beunruhigung zerstreuen und eine Annäherung erleichtern.

In seinen weiteren Ausführungen beklagte sich Poincaré darüber, daß man seine vor zwei Wochen geführten Verhandlungen über die französischen Forderungen auf Sicherheit

und Reparationen, die er als die wesentlichsten Bedingungen für eine Annäherung bezeichnete, in der deutschen Öffentlichkeit als Kennzeichen einer unverständlichen Doppelpolitik bezeichnete. Frankreich wüßte nichts anderes, als im gegenseitigen Vertrauen und ohne Hintergedanken gute Beziehungen zu Deutschland pflegen zu können. (1)

Frankeits gefallene Soldaten hätten keinen Erwerbungskrieg geführt; sie hätten sich für die Freiheit ihres Landes geschlagen und in dem Bewußtsein gekämpft, daß ein Krieg der Frankreich erklärt wurde, nicht enden dürfe, ohne daß Frankreich die ihm entzogenen Provinzen wieder erlangt habe. Frankreich wüßte nichts als den Frieden durch die Beachtung des Versailler Vertrages; Sicherheit und Zahlung der Reparationen! Frankreich wüßte nichts anderes, als die Zukunft nicht anders und werde auch in der Zukunft nicht anders verlangen.

Auf keinen Fall möge man also in Deutschland daran denken, Frankreich den Sieg freitig zu machen oder ihm dessen Früchte entreißen zu suchen. Sichtlich sei es nicht der Wille Frankreichs, der den Frieden ständig bedrohe. Wenn Deutschland nach seiner Niederlage offen seine Regierung und die Militärfache desavouiert hätte, die es in dem Krieg führte, wenn es das französische Verhalten nach 1870 befolgt hätte und nicht mit aller Entschiedenheit die Schuld der kaiserlichen Politik an dem Krieg bekräftigt hätte, so wäre niemand auf den Gedanken gekommen, ein ganzes Volk mit einem aufkommenden Regime zu verwechseln und im allgemeinen die Deutschen für alle Kriegsgreuel verantwortlich zu machen.

Diese Einführungen leitete Poincaré mit der Schilderung der Zwischenfälle kurz vor Kriegsausbruch ein, wobei er die Notlandung des Zeppelin L. 3. 16 am 3. April 1913 auf französischem Boden als einen besonderen Beweis der deutschen kriegerischen Absichten hinstellte.

Reichstag und Zollvorlage.

Berlin. Entsprechend dem Beschluß des Reichskabinetts über die neue Zollvorlage wird man jetzt dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen. Der Beschluß des Kabinetts ist im Uebrigen nur darauf zurückzuführen, weil die Regierungsparteien sich über die Zollfragen nicht einigen konnten. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen auch die Zustimmung des linken Flügels desentrums finden werden. Wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, wird sich der Reichstag mit der Zollvorlage Anfang Juli beschäftigen. Die Opposition, namentlich die Sozialdemokraten, planen einen energischen Vorstoß gegen die Zollpläne der Regierung.